

# OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESKANZLERIN UND BUNDESREGIERUNG



Frankfurt, 3. Juni 2020

## KONJUNKTURPROGRAMM FÜR DEN KLIMASCHUTZ - DIE CORONA-KRISE ALS CHANCE

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass Krisen bewältigt werden können, wenn auf allen politischen Ebenen abgestimmt und konsequent gehandelt wird, die Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigt werden und eine breite und transparente Informationsstrategie verfolgt wird.

Diese Erkenntnisse geben somit wichtige Hinweise darauf, wie die weitaus dramatischere Klima-Krise angegangen werden muss: eine ambitionierte Klimapolitik und ein konsequenter Klimaschutz sind zentrale Elemente, um zukünftige Krisen in ihren ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen abzufedern.

Städte, Gemeinden und Landkreise spielen in der Pandemie eine zentrale Rolle vor Ort bei der Bewältigung der gewaltigen Aufgaben der Gesundheitsversorgung und -vorsorge, der Umsetzung der Bundes- und Landesregelungen, Erarbeitung von spezifischen Konzepten zum Infektionsschutz sowie der Abfederung der existentiellen sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen. Dabei übernehmen sie nicht nur hohe finanzielle Leistungen, sondern sind mit beispiellosen Einnahmeausfällen konfrontiert. Das europäische Netzwerk des Klima-Bündnis vertritt über 500 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland mit fast 50 Millionen Einwohnern und setzt sich mit seinen Mitgliedern für einen ambitionierten und nachhaltigen Klimaschutz, sowie eine lebenswerte, soziale und demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft ein.

Kommunen gehören zu den zentralen Akteuren bei der Bewältigung und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Die massiven wirtschaftlichen Verluste in Folge der notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erfordern Soforthilfen zur persönlichen und unternehmerischen Existenzsicherung, wie sie von Bund, Ländern und Kommunen beschlossen wurden. Und sie erfordern in der zweiten Stufe Konjunkturprogramme mit einem entschlossenen Handeln aller staatlichen Ebenen zur Belebung der Wirtschaft. Die hohen Lasten dieser Programme sind jedoch nur dann zu verantworten, wenn sie zukunftsfähige Technologien und Strukturen fördern. Vorschläge von Auto-Kaufprämien sind kein Signal in diese Richtung.

**KLIMA-BÜNDNIS**  
Europäische Geschäftsstelle

**Hauptsitz**  
Galvanistr. 28  
60486 Frankfurt am Main  
Deutschland  
T. +49 69 717139 0  
[europe@klimabuendnis.org](mailto:europe@klimabuendnis.org)

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, Klimaschutz als ein zentrales Leitziel der kommenden Konjunkturprogramme festzulegen. Die Mittel müssen für den Aufbau von nachhaltigen Geschäftsmodellen und Produkten, Infrastrukturen und Prozessen genutzt werden. Effektiver Klimaschutz stärkt die Wirtschaft und erschließt neue Märkte. Ausgaben für nicht zukunftsfähige Produkte und Strukturen schaden der Wirtschaft und verhindern die Transformation zu einer klimafreundlichen Gesellschaft und dem Erreichen von Null-Emissionen. Wenn wir unsere Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftssysteme umbauen wollen, um das 1,5-Grad-Ziel für den Klimaschutz zu erreichen, dann ist jetzt die richtige Zeit für die richtigen Weichenstellungen. Wir werden in den nächsten Jahrzehnten kaum wieder die Chance haben ähnliche Summen in die von Wissenschaft und Weltgemeinschaft als erforderlich erkannten Entwicklungen zu investieren. Zentrale Elemente eines Klima-Konjunkturprogrammes des Bundes sind aus Sicht der Städte und Gemeinden des Klima-Bündnis:

- Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur und der Fahrzeugflotten,
- Ausbau der Infrastruktur für den Rad- und Fußverkehr,
- Förderung von Projekten im Bereich der City-Logistik intensivieren,
- Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln für den Ausbau der Schieneninfrastruktur und des Bahnbetriebs – keine Einsparung von Personal bei der Bahn,
- Programme für den Infrastrukturausbau der Elektromobilität und grüner Wasserstofftechnologie im Mobilitätssektor sowie für die Entwicklung kostengünstiger, kompakter E-Fahrzeuge,
- Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor,
- Entwicklung und Markteinführung von Sektorenkopplung und Speicherlösungen für Solar- und Windstrom,
- Programme für Wärmenetze auf Basis Erneuerbarer Energien und Abwärme (aus industriellen und gewerblichen Prozessen, Rechenzentren, Abwasser),
- Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für kommunale Beratungsprogramme zur energetischen Sanierung,
- Ausweitung der Energieeffizienzberatung und -förderung im Gewerbe,
- Entwicklung und Markteinführung von industriellen Prozessen auf Basis erneuerbarer Energieträger (u.a. Stahl- und Zementindustrie, Chemie),
- Förderung von Kreislaufwirtschaft, ressourceneffizienten Prozessen und nachwachsenden Rohstoffen.

Neben den finanziellen Weichenstellungen müssen dringend, wirksame strukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen für Klimaschutzinvestitionen geschaffen und gravierende Hemmnisse abgebaut werden. Deshalb begrüßen wir die Abschaffung des „Solardeckels“ und der Aufweichung der Mindestabstände für Windenergieanlagen, die den Schritt in die richtige Richtung weisen. Trotzdem sind nachfolgende Rahmenbedingungen für uns von existenzieller Bedeutung.

- Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe – dieser muss anderen Rechtsgütern wie z.B. Immissionsschutz, Naturschutz oder Denkmalschutz mindestens gleichgestellt werden wofür die erforderlichen personellen Kapazitäten geschaffen werden müssen,

- Lokalisierung fördern – Rahmenbedingungen schaffen, um die Nutzung lokaler und regionaler Ressourcen sowie Stoffkreisläufe zu ermöglichen,
- Stärkung Erneuerbarer Energien als dezentrale Ressource – Förderung dezentraler kommunaler und genossenschaftlicher Energieversorgung, Beteiligung von Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern an den Gewinnen von Energieerzeugungsanlagen,
- Sofortiger Abbau der Hemmnisse für Erneuerbare Energien wie die Reduzierung der EEG-Umlage. Keine Belastung von Eigenstromverbrauch mit der EEG-Umlage, Vereinfachung des EEG, Entwicklung von Konzepten für den Weiterbetrieb nach Auslaufen EEG-Förderung, Erleichterung des Repowering,
- Reform des Mieterstromgesetzes – Stromlieferung im Nahbereich muss genauso einfach sein wie die Heizkostenumlage, Ausweitung der Regelung auf den Gewerbebereich,
- Flächenausweisung für Photovoltaik – Privilegierung von Photovoltaik im Außenbereich analog der Windenergie,
- Dringende Erhöhung der für 2021 beschlossenen CO<sub>2</sub>-Abgabe.

Das Konjunkturpaket für Kommunen muss so gestaltet sein, dass es wichtige Impulse für eine zukunftsfähige Wirtschaft setzt, die ebenso für ein Europa mit stark reduzierten THG-Emissionen bis 2050 eintritt und darauf hinarbeitet. Die bestehenden Pläne und Instrumente des European Green Deal können dafür einen Rahmen setzen, der Zukunftsfähigkeit und Planungssicherheit verbindet.



Andreas Wolter

Bürgermeister der Stadt Köln

Vorsitzender des Klima-Bündnis